GERICHTSHOF

URTEIL DES GERICHTSHOFES

vom 25. September 1975

in der Rechtssache 28/75 (Vorabentscheidungsersuchen, vorgelegt vom Bundesfinanzhof): Firma BAUPLA GmbH gegen Oberfinanzdirektion Köln ⁽¹⁾

(Verfahrenssprache: Deutsch)

In der Rechtssache 28/75 betreffend das dem Gerichtshof nach Artikel 177 EWG-Vertrag vom Bundesfinanzhof in dem vor diesem anhängigen Rechtsstreit Firma BAUPLA GmbH Saarlouis, gegen Oberfinanzdirektion Köln vorgelegte Ersuchen um Vorabentscheidung über die Auslegung der allgemeinen Vorschrift Nr. 3 des Titels I Buchstabe A der Einführenden Vorschriften der Verordnung (EWG) Nr. 950/68 des Rates vom 28. Juni 1968 über den Gemeinsamen Zolltarif (ABl. Nr. L 172 vom 22. 7. 1968) hat der Gerichtshof am 25. September 1975 unter Mitwirkung des Präsidenten R. Lecourt, der Kammerpräsidenten J. Mertens de Wilmars und Mackenzie Stuart, der Richter A. M. Donner (Berichterstatter), R. Monaco, P. Pescatore, H. Kutscher, M. Sørensen und A. O'Keefe; Generalanwalt: G. Reischl; Kanzler: A. Van Houtte, folgendes Urteil erlassen:

Wenn gemischte Erzeugnisse anscheinend zwei oder mehreren Tarifnummern des Gemeinsamen Zolltarifs zuzuordnen sind, von denen jede an einen der Bestandteile des Erzeugnisses anknüpft, kann keine dieser Tarifnummern allein deshalb als genauer als die anderen angesehen werden, weil sie die betreffende Ware genauer oder vollständiger beschreibt.

Für die Tarifierung einer solchen Ware sind die Tarifierungs-Vorschriften 3 b) oder 3 c) anzuwenden.

⁽¹⁾ ABl. Nr. C 90 vom 23. 4. 1975.

Ersuchen um Vorabentscheidung, vorgelegt durch Urteil des Kantongerecht Rotterdam vom 29. September 1975 in der Strafsache Officier van Justitie gegen Adriaan de Peijper, Geschäftsführer der Firmen Centrafarm B.V. und Intercen B.V.

(Rechtssache 104/75)

Das Kantongerecht Rotterdam ersucht den Gerichtshof mit Urteil vom 29. September 1975, bei der Kanzlei eingegangen am 2. Oktober 1975, in der Strafsache Officier van Justitie gegen Adriaan de Peijper, Geschäftsführer der Firmen Centrafarm B.V. und Intercen B.V., um Vorabentscheidung über die nachstehenden Fragen:

I. Angenommen, daß

- a) eine pharmazeutische Spezialität mit einer bestimmten (einheitlichen) qualitativen und quantitativen Zusammensetzung und mit einheitlichem Herstellungs-

verfahren in einem oder mehreren Mitgliedstaaten rechtmäßig im Verkehr ist in dem Sinne, daß dem Hersteller bzw. demjenigen, der für das Inverkehrbringen einer pharmazeutischen Spezialität in diesen Mitgliedstaaten jeweils verantwortlich ist, die nach den Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten erforderlichen Genehmigungen für diese pharmazeutische Spezialität erteilt sind, und

- b) die Erteilung dieser Genehmigungen in jedem der Mitgliedstaaten für Dritte dadurch feststellbar ist, daß sie durch Veröffentlichung von Amts wegen oder in anderer Weise allgemein bekanntgemacht wird, und
- c) ein Importeur von Arzneimitteln mit Sitz in einem dieser Mitgliedstaaten, die wie vorbezeichnet rechtmäßig in Verkehr befindliche pharmazeutische Spezialität in einem der bezeichneten Mitgliedstaaten kauft und in den Mitgliedstaat einführt, in dem er seinen Sitz hat, und
- d) die Angaben unter anderem über Herstellungsverfahren und qualitative sowie quantitative Zusammensetzung der pharmazeutischen Spezialität in dem Einfuhrstaat vom Importeur faktisch nicht anders beschafft werden können als vom (zur Zusammenarbeit bereiten) Hersteller bzw. demjenigen, der dort dafür verantwortlich ist, wie die pharmazeutische Spezialität in den Handel gebracht wird,

rechtfertigen dann die Ausnahmenvorschriften zu den Regeln über den freien Warenverkehr innerhalb der Gemeinschaft, nämlich Artikel 36 des Vertrages, soweit er den Schutz der Gesundheit von Personen betrifft, daß die Behörden des Einfuhrstaats das Inverkehrbringen der pharmazeutischen Spezialität in diesem Mitgliedstaat davon abhängig machen, daß der Importeur eine Genehmigung für die pharmazeutische Spezialität besitzt, für deren Erteilung vom Importeur dieselben Angaben über unter anderem Herstellungsverfahren und qualitative sowie quantitative Zusammensetzung der pharmazeutischen Spezialität verlangt werden, die den Behörden bereits im Rahmen des Verfahrens zur Erteilung der in dem Mitgliedstaat für diese pharmazeutische Spezialität bestehenden Genehmigung(en) unterbreitet worden sind?

- II. Ergibt sich eine andere Beurteilung, wenn die pharmazeutische Spezialität im Ausfuhrland in anderer qualitativer und/oder quantitativer Zusammensetzung oder nach anderem Verfahren hergestellt als im Einfuhrland im Verkehr ist, jedoch die Abweichung(en) in dem/den einzelnen Punkt(en) von so untergeordneter Bedeutung ist/sind, daß man vermuten darf, daß der Hersteller diese Abweichung(en) mit der ersichtlichen und ausschließlichen Absicht vornimmt, diese Abweichungen (im Rahmen der jeweiligen nationalen Vorschriften) zu benutzen, um die Möglichkeit eines Parallelimports der pharmazeutischen Spezialität zu verhindern oder zu erschweren.

Klage des Herrn Franco Giuffrida gegen den Rat der Europäischen Gemeinschaften, eingereicht am 3. Oktober 1975

(Rechtssache 105/75)

Herrn Franco Giuffrida, wohnhaft in Uccle (Brüssel), hat am 3. Oktober 1975 eine Klage gegen den Rat der Europäischen Gemeinschaften beim Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften eingereicht. Prozeßbevollmächtigte des Klägers sind die Rechtsanwälte Marcel Grégoire und Edmond Lebrun, Zustellungsbevollmächtigter ist Rechtsanwalt Tony Bieber, 83, Bd Grande-Duchesse Charlotte, Luxemburg.